Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8. Fernsprecher 153 u. 222.

Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4646), L. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 203) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7505).

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.)

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Victor Klinkhardt & Co.).

Nr. 40. **Sonnabend** den 23. Januar 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* In der Budgetkommission des Reichstages sprach sich der preußische Eisenbahnminister Budde für die Beibehaltung der vierten Wagenklasse aus.

* Die Einigungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Aerzten in Köln sind gescheitert. Die Regierung will einschreiten.

* Die Pforte bezichtigt neuerdings Bulgarien bei den Mächten, daß es die makedonische Bewegung ermutige und unterstütze und Vorbereitungen für den Kriegsfall treffe.

* Japan läßt in Korea (Tschemulpo) beträchtliche Mengen Kriegsmaterial landen, da Unruhen befürchtet werden. Die Fremden in der Landeshauptstadt Söul befinden sich in Sicherheit.

Kein mäcenisch' Alter blühte.

Die Leute sagen, wenn Exc. v. Menzel statt Preußenlöwige was anderes gemalt hätte, so hieße er heute noch schlechtweg Menzel, aber er wäre trotzdem ein ganz guter Maler geworden, und in München, wo die Menschen nur beshalb werden, wenn sie von Berlin sprechen, heißt es sogar, die Preußen hätten doch zu großes Glück: der einzige Maler, den sie nach Verdienst behandelt hätten, könne zufällig auch malen. Ein solcher Ruf ist nur schwer zu bekämpfen; selbst dem Grafen Posadowsky, diesem Sachverständigkeitssekretär, der an Sachkunde doch manchmal sogar Eugen Richter und August Bebel über ist, war es in dem Raume des „Gipfels der Geschmacklosigkeit", wo die Budgetkommission tagt, nicht beschieden, die Welt von der reichs-offiziellen Kunstfreudigkeit zu überzeugen.

So ein Staatssekretär des Inneren ist schlimm daran: seine täglichen 100 ℳ muß er sich jedes Jahr von Neuem mit dem Munde verdienen, die soziale Frage soll er lösen und dann soll er sogar den Abgeordneten noch Reichsgelder zur Förderung derjenigen Kunstrichtung, die am hübschesten als die Düsseldörfer bezeichnet wird, abnehmen. Der Graf tat, was er konnte — er ging beinahe über die Grenze des Erlaubten, indem er die Sezessionisten, die ihm in seiner Amtsseele mindestens so gräßlich sind wie seinem Kulturkollegen Studt, nur sanft mitleidig als Querköpfe behandelte. Sie waren so freundlich eingeladen worden, doch mit auszustellen in der Stadt des heiligen Ludwig, wo zur nächsten schönen Sommerszeit kein Mensch auf einen Dollar herausgeben kann aus Mangel an kleinerem Gelde — sie wollten nicht. Man hatte das von dem königl. sächsischen Professor Klinger so scharf nachgerechnete Rechenexempel von Paris im Jahre 1900, nach welchem jeder Organisation so und so viel „laufende" Meter und noch einige Centimeter dazu, je nach der Mitgliederzahl, zugemessen wurden, gar nicht wieder anzustellen gewagt, man hatte sogar eine Zentraljury eingesetzt — die Sezessionisten wollten nicht. Und bloß deshalb nicht, weil die Auswahl der von den Lokalorganisationen eingeschickten Gemälde dem Hauptvorstande der deutschen Kunstgenossenschaft übertragen worden war. Die Weigerung war in der Tat unverständlich, denn die Juroren waren doch sämtlich durch Verleihung von hohen Auszeichnungen amtlich auf ihren Kunstverstand geaicht, so daß Fehlurteile ganz ausgeschlossen waren. Kein Mensch zweifelte daran — nur die Sezessionisten. Sie wollten eine eigene Jury und eine ganze Anzahl Meter für sich und von dem Hauptvorstande sagten sie: Die ganze Richtung paßt uns nicht.

Wenn wir nicht den stattlichsten aller Staatssekretäre hochschätzten, könnte es uns ja gleichgültig sein, aber so schmerzt es uns tief, daß er sich solche Mühe um die rinnsteinrüchigen Künstlerhändler gegeben hat. Das hätte ihm schlecht bekommen können, und Lucanus reitet schnell. Man braucht sich nur vorzustellen, was geschehen wäre, wenn die Weimaraner „ja" gesagt hätten. Zwar nach St. Louis wären sie ebensowenig mit gekommen wie nach Paris — aber die Scherereien vorher! So ist ja noch alles glatt abgelaufen, und die Eisen-, Silber-, Schaf- und Schweinemillionäre drüben bekommen doch nun wenigstens nur echte deutsche Kunst zu sehen: alle Porträts von Menschen in Uniform oder wenigstens mit Orden, die Gesichter hübsch glatt, ohne Runzeln, weiß und rot, die Arme sind über der Brust gekreuzt, aber so, daß die Orden nicht verdeckt sind (außerdem sind die Hände sonst so elig schwer zu zeichnen), überhaupt einfach tadellos. Auch die mit Recht so sehr beliebten sinnigen Genrebildlein werden alle, alle da sein. Und Nacktes wird es nicht geben, oder ein fein säuberlich gebreiteter Schleier wird das Auge der Ladies und Gentlemen darauf aufmerksam machen, daß sich „so was" eigentlich bei uns nicht schickt. Alles wird programmmäßig verlaufen, ein Berliner wird die große, ein Mann aus Düsseldorf die kleine Medaille bekommen, der Reichskommissar Lewald wird uns im nächsten Jahre erzählen, daß unsere heimische Kunst einen ebenso großen Erfolg errungen habe wie damals in Paris — und dabei schallt ein ungeheures Gelächter aus allen nichtdeutschen Kunststädten: Ganz Europa wundert sich nicht wenig! — Das ist zwar ein wenig übertrieben, aber so ist nun einmal die Stimmung bei den „anderen".

Mußte es denn wieder einmal sein, daß gerade die im Innersten kulturfeindlichen, banausischen Sozialdemokraten sich die ganze junge Künstlerschaft im Deutschen Reiche durch ihre wohlberechnete Attacke auf die Verwaltung der Reichskunstgelder verpflichtete? Warum in aller Welt schließen denn nur alle anderen Leute so krampfhaft die Augen bei den Dingen, die nicht unmittelbar das Portemonnaie oder das ureigenste Parteiinteresse berühren? Es ist gerade, als ob man nichts lernen wollte von dem Gegner. Da grübeln die erfahrensten Parteiführer über die drei Millionen Wähler des Umsturzes, aber das fällt ihnen nicht ein, in gleicher Weise wie die Sozialdemokratie auf das Volk einzuwirken. Hier war wieder eine verpaßte Gelegenheit, für ein echtes und hohes Volksinteresse einzutreten und der Dank wäre nicht ausgeblieben. Es ist dem nationalliberalen Grafen Oriola und fast noch mehr dem Zentrumsabg. Spahn schon hoch anzurechnen, daß sie wenigstens im Prinzip die methodische Begünstigung der Düsseldörfterei tadelten, aber den Ruhm tragen die Roten davon, denn auf ihrer Seite war die Initiative. Gibt es denn im ganzen Reichstage nicht einen bürgerlichen Politiker, der mit ganzem Herzen und ganzem Gemüte auf der Seite der Prügelknaben steht? So lange diese kleingeistige Unterschätzung von allen Dingen, die mit der Kunst und mit der — Presse zusammenhängen, d. h. mit der unmittelbaren Einwirkung auf das Volk, nicht weicht, so lange wird allein der Singer-Bebelschen Herrschaft das Vergnügen beschieden sein, sich mit ihrer Gefolgschaft durch deren intensivste Teilnahme an allen öffentlichen Vorgängen in ununterbrochenem Kontact zu wissen. Das gilt für die Parteien, wie für die Regierungen.

Man mag Millionen für Kunstzwecke stiften, man mag in Berlin so viel Denkmäler aufstellen, daß eine unerhörte Hausse in Marmor anhebt — es wird uns so lange kein mäcenisch' Alter erblühen, als man der Kunst die Freiheit versagt, die sie braucht. So lange man sie in Richtungen drängt und nach Richtungen abschätzt, anstatt das Gute aus allen Lagern zu nehmen, so lange wird die Kunst politisch nicht staatsfreundig wirken können. Sie wird anstatt echt national, nur oppositionell oder gar staatszerstörend zu sein gezwungen, und das ist das eminent politische Moment an der Sache. S.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 22. Januar.

* **Das Thema vom Luxus in der Armee** schneidet auch ein ehemaliger Offizier — und es scheint wirklich kein fingierter zu sein — im „Vorwärts" von einer neuen Seite an: Chorches la femme.

„Einen großen Teil der Schuld tragen die Offiziersdamen. Seit die Offiziere sich daran gewöhnt haben, fast ausschließlich Finanzheiraten zu schließen, überkommen die betreffenden Damen das im Vaterhause anerzogene Luxusbedürfnis auch auf die neuen Verhältnisse. Um dies äußerlich zur Geltung zu bringen, mußten die an und für sich schon gesteigerten gesellschaftlichen Verpflichtungen herhalten."

Insbesondere fühlten die Kommandeusen sich häufig zum Luxus verpflichtet in falscher Auffassung ihrer Repräsentanzpflichten. Dazu komme der Wettbewerb der Regimenter untereinander. Ferner: Jeder der aus einem Regimente Scheidenden werde zu einem Abschieds-Liebesmahl geladen und bei dieser Gelegenheit überreiche man ihm das obligate, gar nicht billige Abschiedsgeschenk. Jeder neu hinzukommende werde wiederum mit einem Liebesmahl begrüßt. Wenn ein älterer Offizier, der — oft schon lange a. D. — vor vielleicht 20 und mehr Jahren eine kurze Gastrolle im Regiment gegeben habe und den meistens kein Mensch mehr kenne, vom „Militär-Wochenblatt" als gestorben registriert werde, so fühle sich das Offizierkorps verpflichtet, auf allgemeine Unkosten eine Deputation mit einem prachtvollen Kranze zu dem Leichenbegängnis zu senden und dann noch einen Nachruf in der „Kreuz-Zeitung" zu erlassen. Der natürliche Wunsch, immer tadellose Uniformen zu tragen, sei ebenfalls riesig kostspielig zu erfüllen, so daß dagegen die Aufwendungen für Uniformänderungen weit zurückstehen müßten. — Es ist ein peinliches Gefühl, das in dem sozialdemokratischen Hauptorgane lesen zu müssen. Daß ein ehemaliger Offizier zur Flucht in die Oeffentlichkeit sich dieser Strickleiter bedient, läßt auf eine recht tiefgehende Mißstimmung auch in Kreisen schließen, die früher den „Vorwärts" nicht in die Hand nahmen, geschweige denn zu Kundgebungen benutzten.

* **Die Wirkungen der Gleichberechtigung in Preußen.** In dem Januarhefte der „Monatsschrift für höhere Schulen" (Köpke und Matthias) veröffentlicht Geheimrat Tilman eine Reihe zahlenmäßiger Angaben über die Teilnahme an den Kursen zur sprachlichen Einführung in die Quellen des römischen Rechts und an den Anfängerkursen im Griechischen, sowie über die Reifezeugnisse der preußischen Studierenden. Läßt sich aus diesen Angaben auch noch kein Schluß auf die spätere Wirkung der Einführung der Gleichberechtigung der höheren preußischen Schulen ziehen, so beweisen sie immerhin, daß schon eine erhebliche Benützung der neuen Berechtigung stattfindet. Im Sommerhalbjahre 1903 haben im ganzen 103 Studierende der Rechtswissenschaften an den lateinischen Sprachkursen teilgenommen, darunter 19 vom Gymnasium, 72 vom Realgymnasium, 12 von der Oberrealschule. Der Kursus in Berlin hatte 47 Teilnehmer, der in Bonn 14; Kiel, Münster und Königsberg hatten keine Kurse. Im ersten Semester standen nur 44 Teilnehmer. An den griechischen Anfangskursen, die in Greifswald, Kiel und Marburg ausfielen, nahmen 101 Studierende teil, unter denen nur 50 Juristen waren, 48 der philosophischen Fakultät angehörten (besonders Neuphilologen). Wieder hatten Berlin und Bonn die höchste Teilnehmerzahl (63 und 12) aufzuweisen. Von den 88 Studierenden der Rechtswissenschaften mit Realzeugnis, die im Sommer im ersten Semester standen, nahmen nur 25 an dem griechischen Kursus teil. Den Ergebnissen der Erhebung über die Reifezeugnisse der Studierenden an den preußischen Universitäten entnimmt die „Köln. Ztg.", welche die vorstehenden Angaben zusammenstellt, nur die auf das erste Semester bezüglichen, da sie am ehesten ein Bild von dem Einflusse geben können, den die Veränderungen in den Berechtigungen bisher ausgeübt haben. Die in Klammern daneben gestellten Ziffern aus einer anderen Tabelle geben die jedesmalige Zahl der überhaupt immatrikuliert gewesenen Studierenden des Faches an: Im Sommer 1903 standen im ersten Semester 407 Theologen, alle vom Gymnasium; 865 Juristen, 777 vom Gymnasium, 71 (195) vom Realgymnasium, 17 (40) von der Oberrealschule; 244 Mediziner, 225 (1905) vom Gymnasium, 18 (108) vom Realgymnasium; endlich in der philosophischen Fakultät 759 (3050) vom Gymnasium, 184 (1030) vom Realgymnasium, 133 (446) von der Oberrealschule, und unter ihnen waren 324 Altphilologen und Germanisten, davon 14 (50) vom Realgymnasium, 4 (15) von der Oberrealschule; 218 Neuphilologen, davon 124 (770) vom Gymnasium, 60 (330) vom Realgymnasium, 34 (87) von der Oberrealschule; 48 Historiker, davon 3 (11) vom Realgymnasium, 2 (2) von der Oberrealschule; 378 Mathematiker (und Naturwissenschaftler), davon 222 (1282) vom Gymnasium, 78 (498) vom Realgymnasium, 73 (282) von der Oberrealschule; 318 Studierende der Philosophie und sonstiger Fächer, davon 69 (473) vom Gymnasium, 20 (141) vom Realgymnasium und 20 (60) von der Oberrealschule.

* **Sozialistische Roheit.** Wir wollen an dieser Stelle nicht in Erörterungen darüber eingehen, ob die preußische Regierung in der Frage der Ueberwachung bezw. Ausweisung russischer Untertanen richtig verfahren ist oder nicht, wir müssen aber eine Ausgeburt der Roheit festnageln, die wir in einem Stimmungsbilde der „Sächsischen Arbeiterzeitung" über die bezügliche Reichstagssitzung finden. Da heißt es: „Mit hochgerbtem Antlitze lauschte den Worten unseres Genossen der Freiherr v. Richthofen. Diesem Bureaukraten wird einst ein Schlaganfall den Zutritt zur ewigen Seligkeit verschaffen; auf massigem Körper und kurzem Halse sitzt ihm der vierkantige Kopf, dem noch nie ein origineller Gedanke entsprang." Diese persönliche Pöbelei gegen einen Gegner richtet sich selbst.

* **Der Kaiser** kehrte gestern nachmittag nach einem Jagdimbiß im Forsthaus von der Wildparkstation nach Berlin zurück. Zur Abendtafel im königl. Schloß war Admiral Hollmann geladen. — Heute morgen unternahm der Kaiser den gewohnten Spaziergang im Thiergarten mit dem Prinzen Eitel Friedrich, hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler Grafen v. Bülow und hörte einem Vortrag des Kultusministers Dr. Studt. Später wurden zwei dem Andenken der Königin Victoria von England und der Kaiserin Friedrich geweihte große Bronzetafeln in Gegenwart des Kaisers in der englischen St. Georgs-Kirche im Parke von Monbijou feierlich enthüllt. Der Kaiser, welcher englische Generalsuniform trug und in Begleitung des Generaladjutanten v. Scholl und des Flügeladjutanten Major Graf Schmettow erschien, wurde vom großbritannischen Botschafter Sir Frank Lascelles empfangen und in die Kaiserloge geleitet, in welcher bereits der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich anwesend waren. — Heute abend gedenkt der Kaiser, in der Kriegsakademie einem Vortrage des Obersten und Abteilungschefs im großen Generalstab v. Lindenau über die Schlacht bei Kesselsdorf beizuwohnen.

— Verboten bezw. beschlagnahmt wurden in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1903 in 68 Fällen Druckschriften von deutschen Gerichten. — In derselben Zeit wurden 145 Personen (darunter 24 weibliche) als lästige Ausländer sowie 9 Anarchisten aus dem Deutschen Reiche ausgewiesen.

⊙ **Osnabrück**, 22. Januar. (Telegramm.) Amtlich ermitteltes Wahlresultat: Bei der Reichstagsersatzwahl im 4. Hannoverschen Wahlkreis erhielten Landwirt von Bar (Hosp. d. Zentr.) 12 883, Hofbesitzer Wamhoff (natl.) 11665 und Arbeitersekretär Schrader (Soz.) 4930 Stimmen. Es ist also Stichwahl erforderlich.

♂ **Dessau**, 22. Januar. In sehr stark besuchter Versammlung beschloß der bisherige „Wahlverein des reichstreuen Bürgertums für Anhalt I" seinen Namen in „Nationalliberaler Wahlverein für Anhalt I" zu ändern. Der Name „Verein reichstreuer Wähler" erscheine, wie der Vorsitzende Oberlehrer Dr. Leonhard ausführte, nicht mehr opportun; es handele sich nicht nur um Aenderung des Namens, sondern auch des politischen Standpunktes. Mit dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie allein sei es nicht getan; neben dem nationalen sei in Zukunft der liberale Standpunkt stärker zu betonen, wenn positive Erfolge auf politischem Gebiete errungen werden sollten. Mehrere Redner gaben scharfe Absagen an die rechtsstehenden Parteien des Wahlkreises; auf dem Gebiete der Handelspolitik könne eine Gemeinschaft mit diesen nicht mehr bestehen. In den Vorstand wurden u. a. gewählt die Herren Dr. Leonhardt, Dr. Döring, Lexius, Lux, Pfaußler, v. d. Weth, Barbenmerker, Dr. v. Oechelhäuser.

* **Blankenburg**, 21. Januar. Zur Beisetzung des Präsidenten Dr. Wilhelmi, die am Dienstag hier stattfand, war eine ausserlesene Trauergesellschaft herbeigeeilt. Im Trauergefolge befand sich u. a. Staatsminister Dr. v. Berlepsch, Unterstaatssekretär Dr. Hopf vom Reichsamte des Innern, der Vorsitzende des Ober-Seeamtes Geh. Oberregierungsrat Werner, der Geh. Oberregierungsrat Dr. Dönhoff vom preußischen Handelsministerium, sowie der Landeshauptmann der Provinz Sachsen, Geheimer Oberregierungsrat Dr. Barnick. Vom kaiserlichen Statistischen Amte waren der Direktor Geheimer Regierungsrat Herzog, und mehrere höhere Beamte erschienen. Pastor Stieren aus Halberstadt gedachte in seiner Ansprache ganz besonders der Aufopferung und Hingebung mit welcher der Verewigte im Dienste des Vaterlandes seine Kräfte für das Wohl der Arbeiterklasse und die Hebung des Handwerkerstandes eingesetzt habe. Im Namen des Statistischen Amtes und zugleich im Auftrage des Beirates für Arbeiterstatistik entbot Direktor Herzog dem Verewigten den letzten Gruß.

* **Köln**, 22. Januar. In der gestern abend erfolgten Einigungsverhandlung zwischen den Krankenkassen und Aerzten erklärten die Vertreter der Aerzte, daß diese an weiteren Verhandlungen nicht mehr teilnehmen würden. Daraufhin teilte der Regierungsvertreter mit, daß sich die Aufsichtsbehörde nunmehr gezwungen sehe, einzuschreiten, da nicht in genügender Weise für ärztliche Hülfe gesorgt sei. Die Krankenkassen hatten in mehreren Versammlungen, die vorher in einigen Lokalen stattgefunden hatten, eine Resolution angenommen, daß die von den Aerzten verlangte freie Arztwahl entschieden abzulehnen sei. Die Bäckerzwangsinnung beschloß, den Krankenkassenvorständen größere Geldsummen zur Verfügung zu stellen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Lage der Jungtschechen

wird immer peinlicher. Wie das mährische Tschechenblatt, der „Pozor", meldet, herrscht im Jungtschechenklub eine starke Strömung gegen die Fortsetzung der Obstruktion im Reichsrat, doch fürchten die jungtschechischen Abgeordneten, daß ihre Wähler eine Aenderung der Taktik nicht billigen werden. Die Führer begreifen eben, daß sie sich in eine Sackgasse verrannt haben und daß die deutsche Obstruktion im Landtag ihre Obstruktion im Reichsrat durchaus im Schach hält. Es ist zweifellos, sie sind in diesem Moment einer Friedensaktion, mag dieselbe ausgehen von wem sie will, geneigter wie seit langem, aber — und da liegt der Haken — es muß eben ein Friede sein, bei dem sie sich als Sieger fühlen oder wenigstens aufspielen können. Sonst können sie nicht wagen, vor ihre Wähler zu treten. Haben sie doch — ein Symptom der allgemeinen Stimmung — erst vor wenigen Tagen von der Prager Studentenschaft wegen ihrer „verunglückten Politik" ein ausdrückliches Mißtrauensvotum erhalten. Wer hilft ihnen aus diesem Dilemma? Hoffentlich weder ein Fehler der Deutschen noch der Regierung.

Magyarisches und deutsches Theater in Preßburg.

* **Pest**, 20. Januar. Es ist zum Erbarmen, wie bitter die magyarische Presse sich beklagt über die schwachen Eroberungen des magyarischen Nationalstaates in Preßburg. Obwohl die dortigen Deutschen sonst gerne als Musterpatrioten ins Treffen geführt werden, die sich mit Wonne in die „Nation" einschmelzen lassen, will mit der Magyarisierung des deutschen Theaters nicht recht klecken. „Pesti Hirlap" gesteht, daß die Regierung „ungeheure Summen" für die magyarische Spielzeit gebe und daß trotzdem kein Theaterdirektor mehr Lust habe, sich in Preßburg im Dienste der nationalen Idee ruinieren zu lassen, da der Zulauf während der deutschen Spielzeit ein unverhältnismäßig größerer sei. Selbst die magyarischen Magnaten blieben von den magyarischen Vorstellungen demonstrativ fern, während sie sich zu den deutschen Theaterabenden drängen und drei Viertel der Logen mit Beschlag belegen. Das Blatt appelliert deshalb an den Patriotismus des neuen Obergespans, der soll alles in Ordnung bringen. Der wird ja freilich nach bewährtem Muster die Beamten ins magyarische Theater kommandieren, aber ob damit viel geholfen sein wird, ist die Frage. So lange nicht ein Erlaß herausgegeben und durchgeführt wird, der die deutsche Sprache und Bildung und die Lust daran einfach abschafft, wird die Arbeit am einheitlich magyarischen Nationalstaat selbst unter den verachteten Preßburger „Kraxelhubern" immer Stückwerk bleiben.

Frankreich.

Delsor.

* **Paris**, 22. Januar. (Telegr.) Kammer. Der Saal und die Tribünen sind dicht besetzt. Lorrand des Essarts (Nationalist) begründet seine Interpellation über die Ausweisung des Abbé Delsor. Redner führt aus, der Vorfall in Lunéville sei eine nationale Angelegenheit, und bespricht die Vorgänge, die sich vor der Ausweisung Delsors abspielten. Er erzählt, wie ein Spezialkommissar Delsor, der bei ihm (Redner) wohnte, aufsuchte, um ihm den Ausweisungsbefehl bekanntzugeben und wie Delsor sich weigerte, das Schriftstück zu unterzeichnen, wobei er versicherte, daß er nur von guten Absichten beseelt nach Frankreich gekommen sei. (Beifall in der Mitte und auf der Rechten.)

* **Paris**, 22. Januar. (Telegramm.) Ministerpräsident Combes legte in dem heutigen Ministerrate die Grundzüge der Antwort dar, mit der er die Interpellation über die Ausweisung Delsors heute beantworten wird.

Russische Geheimpolizei; Ferret; Prinzessin Mathilde.

* **Paris**, 22. Januar. (Telegramm.) In einer zahlreichen Versammlung hier studierender Russen wurden vier anwesende Russen als Agenten der russischen Geheimpolizei entlarvt, auf die Bühne geschleift, festgehalten, während alle Anwesenden an ihnen vorüberzogen, um sie sich genau anzusehen, photographiert, und dann laufen gelassen. — Der des Befehls über den „Sully" entthronte Kapitän zur See Ferret ist irrsinnig geworden. Man nimmt an, daß er schon von Wahnvorstellungen verfolgt war, als er in düsteren Berichten sein Schiff für völlig dienstunfähig erklärte. — Prinzessin Mathilde hat fast gar kein Barvermögen, nur Schmuck- und Kunstwerke, ein Stadt- und ein Landhaus hinterlassen. Haupterbe ist Prinz Louis Bonaparte. Die Museen erhalten einige Bilder und Büsten.

Belgien.

Schulzustände. Es gibt wohl kaum noch ein Land auf der Welt, wo der Unterrichtsminister der Feind des Staatsunterrichtes ist, der ihm unterstellt ist. Dies ist der Fall in Belgien. Vielfach herrschen im offiziellen Unterricht noch die liberalen Ueberlieferungen aus der Zeit, da die Liberalen am Ruder waren. Daher der Haß der Klerikalen gegen die staatlichen Schulen; da sie außerdem in früherer Zeit aus eigenen Mitteln Schulen errichtet haben und zwar mit großen Geldopfern, haben sie seit den 20 Jahren, wo sie am Ruder sind, alles daran gesetzt, um die Privatschulen auf Kosten des Staates unterhalten zu lassen. Besonders auf dem Lande hatten sie leichtes Spiel, den liberalen Schul-